



---

## **Ausschuss für Frauenpolitik**

46. Sitzung (nicht öffentlich)

21. Januar 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 11.35 Uhr

Vorsitz: Gerda Kieninger (SPD)

Stenografin: Heike Niemeyer

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG)**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/4243

- abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss

Auf Wunsch der SPD-Fraktion verständigt sich der Ausschuss darauf, die abschließende Beratung und Abstimmung erst in der nächsten Sitzung durchzuführen.

**2 Finanzierung der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen 1**

- Bericht der Ministerin

- Diskussion

**3 Verschiedenes 8****a) Regionalstellen "Frau und Beruf"**

Diskutiert wird über die Regionalstellen "Frau und Beruf" in den Kreisen Herford, Gütersloh, Höxter und Paderborn.

**b) Tagesordnung für die nächste Sitzung 10**

Auf Vorschlag der Vorsitzenden soll die Tagesordnung für die nächste Sitzung folgende Punkte enthalten:

TOP 1 Abschließende Beratung zum Hochschulgesetz

TOP 2 Beratung zum Zweiten Modernisierungsgesetz NRW -  
Drucksache 12/4320.

**c) Zusätzlicher Beratungstermin 10**

Die Vorsitzende bittet, den 7. April als zusätzlichen Sitzungstermin - die letzte geplante Sitzung solle am 31. März stattfinden - vorzuhalten, falls noch Beratungsbedarf bestehe.

- d) **Empfang des Präsidenten des Landtags aus Anlass des Internationalen Frauentages**

10

Der Empfang soll voraussichtlich am 23. März um 18.00 Uhr stattfinden.

\*\*\*\*\*



### Aus der Diskussion

#### 1 Gesetz über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/4243

- abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss

Auf Wunsch der **SPD-Fraktion** verständigt sich der **Ausschuss** darauf, die abschließende Beratung und Abstimmung erst in der nächsten Sitzung durchzuführen.

#### 2 Finanzierung der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen

Die **Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit, Birgit Fischer**, führt aus:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Das Thema "Schwangerschaftskonfliktberatung" bzw. "Ausstieg der katholischen Kirche: Ja oder Nein?" begleitet uns ja nun schon seit etlichen Monaten und hat zu vielen heftigen Kontroversen und Debatten geführt, wobei diese in erster Linie auch innerhalb der katholischen Kirche selber stattgefunden haben.

Ich würde gerne den Verlauf der Diskussion zwischen meinem Ministerium und den unterschiedlichen Trägern sowie den aktuellen Sachstand schildern.

Nach dem endgültigen Nein des Papstes zum "Beratungsschein" hat uns der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz im September 1999 mitgeteilt, dass sich einige Bischöfe für einen Ausstieg aus dem staatlichen Beratungssystem ausgesprochen hätten. Andere dagegen wollten ihre verbleibenden Bedenken gegen einen Ausstieg sowohl schriftlich als auch in persönlichen Gesprächen im November dem Papst vortragen.

Für Nordrhein-Westfalen mit seinen fünf Bistümern bestand daher ein besonderer Klärungsbedarf in dieser Frage.

Auf mein Schreiben vom 14. Oktober 1999 an die Bischöfe in Nordrhein-Westfalen, in dem ich um Mitteilung hinsichtlich des weiteren Vorgehens in den nordrhein-westfälischen Diözesen bezüglich der katholischen Schwangerschaftskonfliktberatung